

Bezugsgebühr:

Büchertypisch für Briefen bei Mafia  
postmäßiger Beitrags durch unsere  
Firma erhoben und verlangt, an  
Gesamtkosten nur einschließlich  
der Post 10 Pf. (ohne Briefstück), im Kas-  
sel mit entsprechendem Aufdruck.  
Wiederdruck oder Kreis u. Original-  
Kostensumme nur mit deutlicher  
Klebeanlage (Durchdruck) möglich.  
Nachträgliche Kosten-  
anträge werden unverhältnismäßig  
ausgezahlt. Pauschalrechnungen werden  
nicht aufbereitet.

Teleg. Adressen:  
Nachrichten Dresden.

# Dresdner Nachrichten

Lobeck & Co.

Hoflieferanten Sr. Majestät des Königs von Sachsen.  
Schokoladen, Kakaos, Desserts.

Gegründet 1856.

Hauptgeschäftsstelle:  
Marienstr. 38/40.

Anzeigen-Carill.

Abnahme von Anzeigen  
bis nachmittags 3 Uhr. Eine- und  
Beitragssumme 25 Pfennige ab vor  
11 bis 12 Uhr. Die 1-pärtige Quer-  
seite von 8 Seiten 20 Pf., Ein-  
fassungen auf der Vorderseite Seite  
20 Pf., die doppelseitige Seite am Text  
20 Pf., alle Einzelne Seite  
20 Pf. Am Nummern von Sonn-  
und Feiertagen 10 Pfennige Grundpreis  
20 Pf., am Sonntags 40 Pf.,  
zweipärtige Seite am Textseite und als  
Ergänzung 20 Pf. Ausserordentliche An-  
zeige nur gegen Sonderabsprache.  
Vielzähliger werden mit 10 Pf.

Berichtsblätter werden mit 10 Pf.

Berichtsblätter:  
Mittwoch 1. Nr. 11 und Nr. 2090.

Übertrifftene Tonschönheit, grösste Dauerhaftigkeit  
**Steinheit-Pianinos**  
garantiert  
II. Ullrich, Pianofabrik, Johannesstrasse 20.

Größtes  
Lager!  
**Garten-Schlüsse**  
Vorzüglichste Qualitäten zu Fabrikpreisen  
in schwarz oder rot Gummiert,  
sowie in Haft und Haft gummiert.  
Wiederholungsfrei und Gärtnerei Rabatt.  
Gummifahr. Reinhardt Leupolt, Dresden-A., Wettinerstr. 18, Telefon 159.

Permanente Ausstellung  
Braut-Ausstattungen u. Zimmer-Einrichtungen  
in allen Stilarten und Preisstufen. — Zum Besuch lädt ein  
**G. Ritter, Möbelfabrik, Marschallstrasse 2, Elbberg 1.**  
Katalog gratis und franko.

## Orthopädische und Kunst-Korsets

nach neuen praktischen  
Eigenkonstruktionen  
hergestellt empfohlen

Carl Wendschuchs  
Etablissement

Struvestrasse 11.

Nr. 124. Spiegel: Die Gemeinderatswahlen in Frankreich. Hofnachrichten. Überkriegsgerichtsrat Dr. Müde. Landtagsverhandlungen. Deutlich-Südwesterstrasse. Potteker-Völle.

Mittwoch, 4. Mai 1904.

### Die Gemeinderatswahlen in Frankreich.

Am letzten Sonntag haben in ganz Frankreich die Wahlen zu den Gemeinderäten begonnen, deren Ergebnis von nicht unerheblicher Bedeutung für die Verteilung der politischen Gewalt in der dritten Republik sein wird und für die Stellung des Kabinetts Combes insbesondere, und das namentlich auch noch der Richtung Fingerzeige gewieht wird, inwiefern die öffentliche Meinung des Landes mehr oder weniger geschlossen hinter der scharfen Kulturmäpplikpolitik der Regierung steht.

Die Zahl der Municipalräte, die auch einen verfassungsmäßig abgegrenzten Einfluss auf die Senatswahlen ausüben, ist nach den geleglichen Bestimmungen der Bevölkerungsziffern anzupassen, sodass dieses Mal in 36170 Gemeinden Frankreichs 490120 Gemeindebedienkte zu wählen sind. Das Wahlverfahren ist dem demokratischen Prinzip entsprechend, allgemein, gleich und direkt. Im einzelnen wählen diejenigen Gemeinden, die bis zu 500 Einwohner zählen und deren es 18054 gibt, je 10 Gemeinderäte, die von 500 bis zu 1500 — es sind ihrer 13556 — zu 12, die von 1500 bis zu 2500 je 16, bis zu 3500 je 20, bis zu 10000 je 28, bis zu 30000 je 27, bis zu 40000 je 30, bis zu 50000 je 32, bis zu 60000 je 34, die über 60000 je 36 und Paris 80. Die Wahl vollzieht sich an zwei Terminen, am 1. und 8. Mai.

Gleich das erste bekannt gewordene Resultat erweist hohes politisches Interesse, da es sich auf Paris bezieht, wo die nationalistische Mehrheit sich seit längerer Zeit behauptet hat. Man hatte fast allgemein damit gerechnet, dass auch jetzt wieder dieselbe Konstellation sich ergeben würde, höchstens mit einer leichten Abweichung nach der sozialistischen Seite hin. Statt dessen sind nun aber gleich in ersten Wahlgang 27 ministerielle Kandidaten gegen 28 Mitglieder der Opposition gewählt worden, und so eröffnet sich denn die nach Lage der Dinge immerhin überraschende Aussicht, dass die Regierung auch in der Hochburg des Clerikalismus — denn das und nichts anderes ist der Pariser Gemeinderat in seiner bisherigen Zusammensetzung — auf die Errichtung einer Mehrheit rechnen darf. Der Ausgang der Pariser Wahl ist ein gutes Vorzeichen für das weitere Ergebnis im ganzen Lande.

Nach deutschen Begriffen erscheint die politische Betätigung der Gemeindeschaften als eine starke Regelwidrigkeit. Bei uns ist das Prinzip der Beschränkung der Gemeinden auf rein kommunale Angelegenheiten am schärfsten durchgeführt und jeder Versuch einer Entgleisung wird sofort von der Aufsichtsbehörde nachdrücklich zurückgewiesen und geahndet. In Frankreich dagegen, wo sich infolge des angeborenen lebhaften romanischen Temperaments eigentlich von vornherein jeder zu irgend einer öffentlichen Körperlichkeit Gewählte mindestens als politischer Redner fühlt, hat die rostlos fortbreitende Demokratisierung aller Institutionen mit dem letzten Resten der ausschließlich verwaltenden Tätigkeit der Gemeinden aufgeräumt. Es gab zwar auch dort eine Zeit, die mehr patriarchalisch angehaucht war und in der Bauer und Bürger in Frankreich noch etwas daraus hielten, ihr Gemeindeparkament nach den kommunalen Interessen und Gesichtspunkten zu wählen. Das ist aber längst dahin und heute vollständig ist die politische Auffassung der Gemeinderatswahlen so sehr zum nationalen Gemeindewahlrecht geworden, dass man diese auf allen Seiten als eine Art von plebisziärem Richterspruch über die herrschenden Gewalten, als den Ausdruck des Gesamtwillens des Volkes hinsichtlich seiner staatlichen Leitung betrachtet. Wie die Regierung des Herrn Combes selbst den Ausfall der diesmaligen Wahlen beurteilt wissen will, hat der Ministerpräsident etwa 3 Wochen vor dem Beginne des Wahlkampfes in einer großen programmatischen Rede fundgetan, in der er die entscheidende Frage ausdrücklich auf den Gegensatz zwischen dem Clerikalismus, der von den Resten der alten feudalen Gesellschaft mit ihren neueren, insbesondere der hohen Finanz zugehörigen Anhängern vertreten wird, und der modernen republikanischen Demokratie in ihren verschiedenen Schattierungen zusetzte. Die Rede des Ministerpräsidenten ließ in dieser Beziehung an Klärheit nichts zu wünschen übrig. „Hinter den Nivelläten der Wahlmänner“, sagte er, „erhebt sich die Frage, die immer die gleiche ist, zu wissen, wen die Partei der französischen Gesellschaft gehören wird, dem clerikalen Geist, der in dem Ordenswesen verkörpert ist, oder dem in dem republikanischen Regiment verkörperten Geiste.“ Es ist der alte Gegenstand: auf der einen Seite der Klerus und der Adel mit der hohen Bourgeoisie im Schlepptau, alle im komphäischen Ringen, den Rest ihrer Vorrechte zu behalten, auf der anderen Seite die gesamte Demokratie, die sich durch die Revolution von einer schändlichen Unterläufigkeit befreite und unter der Gunst der erworbenen Freiheit die ehemaligen Seiten ihres nationalen Charakters breit entwickelt. Es ist also nicht erstaunlich, dass Klerus, Adel und Bourgeoisie, obwohl unter verschiedenen Partei- bezeichnungen gruppiert und scheinbar verschiedener Herkunft, sich in derselben Opposition wider die demokratische Politik der Regierung zusammenfinden. Der Kampf ist kein Kampf um Formen; er ist ein grundsätzlicher Kampf um die Voraussetzungen der Gesellschaft.“

Das sind Worte, an denen sich nicht rütteln noch brennen lässt, angesichts deren es nur eine Alternative gibt: entweder

Herr Combes wird von den Gemeinderatswählern auf den Schild gehoben oder er wird besiegelt und dann bleibe ihm nach einer so unweidbaren Erklärung nichts weiter übrig, als die Konsequenz seiner Haltung durch seinen Rücktritt zu ziehen. Infofern läuft also die Lage jede stürmende Unclarheit gründlich vermissen, und im Bewusstsein dieser entscheidungsvollen Tragweite, die dem Votum der Municipalwähler innewohnt, haben denn auch die vereinigten clerikalen Gegner des Herrn Combes ganz außergewöhnliche Anstrengungen gemacht, um den ihnen so sehr verhaschten, zielsbewussten und unerbittlichen Gegner der clerikalen Machtpolitik mit Hilfe der kommunalen Politik in den Sand zu streuen, nachdem sie das Spiel in der hohen Politik durch die Annahme des Unterrichtsgesetzes endgültig verloren hatten. Die Agitation, die von der vereinigten antiministeriellen Opposition zur Beeinflussung der jüngsten Wahlen in ihrem Sinne betrieben worden ist, stand von Anfang bis zu Ende unter einem wahren Hochdruck von Geld, Wiederredern, Flugblättern und Versammlungen. Dabei bediente man sich insbesondere des nicht ungefähr gewählten Triks, den Widerstand der Municipalwähler gegen die Combesche Politik nicht sowohl gründlich aufzustacheln, als ihn vielmehr auf das finanzielle Gebiet hinüber zu spielen und von dort aus die Unzufriedenheit zu schüren. Die Gegner der Regierung arbeiten hier mit einem statistischen Material, dem in der Tat eine sachliche Überzeugungskraft nicht abzusprechen ist, selbst wenn man die zu agitatorischen Zwecken gemachte Gruppierung dabei in Rechnung stellt. Die vollständige Verwüstung des Unterrichts, wie sie nunmehr auf Grund des neuen Gesetzes beschlossene Sache ist, erfordert nämlich beträchtliche Kosten, sowohl für den Neubau der Schulhäuser als auch für die Anstellung der an Stelle der bisherigen Kongreganten notwendigen Lehrkräfte. Diese erheblichen Aufwendungen aber hat nicht etwa, wie man erwarten sollte, anteilmäßig der Staat übernommen, sondern sie sind einfach fester Hand den Gemeinden aufgeburdet worden, und die einzige Erleichterung, die man der zum Teil ziemlich ungünstigen Finanzierung der französischen Gemeinden bemüht hat, besteht in der Erweiterung der Ausführung des Unterrichtsgesetzes auf eine Frist von 10 Jahren. Die Wirkung in diesem, die sie mit diesem Agitationsmittel zu erzielen hoffen, wird wieder neutralisiert, indem sie sich in ihrem blinden Hass gegen Herrn Combes zu der Aussage der Parole hinreihen ließen: „Wählt, wen Ihr wollt, sofern er nur antiministeriell ist, und sei er auch ein Sozialist oder Anarchist.“ Dadurch dürften doch wohl zahlreiche Wähler gerade der breiten kleinbürgerlichen Schichten, in denen noch ein fester, ordnungspolitischer Sinn die Herrschaft führt, stolz geworden und über die eigentlichen Absichten der Opposition aufgeklärt sein.

In jedem Falle ist soviel klar, dass es für den Clerikalismus in Frankreich kein Ausweichen und kein Vertulchen des wahren Standes der Dinge mehr geben wird, wenn sich die Mehrheit der Gemeinderatswähler unter solchen Umständen, wie sie augenblicklich liegen, für das Ministerium Combes ausgesprochen haben wird. Man vergentwältigt sich: Die Schließung der Ordensschulen, die wenig kosteten, hat wegen der Notwendigkeit, neue, weitländliche Schulen zu errichten, große Geldsummen für die Gemeinden zur Folge. Wenn nun trotzdem die Gemeinderäte für die Regierungspolitik stimmen durch die Wahl solcher Municipalräte, die ministeriell gesinnt sind, so kann das doch nur in dem Sinne ausgelegt werden, dass die Mehrheit der Gemeindevertreter selbst in dem sonst so heißen Geldpunkt nicht besonders empfindlich ist, sobald es sich um den Kampf gegen die Orden handelt, da sie diesen aus voller Überzeugung zustimmt. Und weiter: Unmittelbar vor den Wahlen ist der Präsident, Herr Douhet, nach Rom gereist, und hat gelaut, als wenn der Papst überhaupt nicht in der Welt wäre; wenn auch diese Haltung des republikanischen Staatsoberhauptes die Gemeinderäte nicht zu einer energetischen Missbilligung im clerikalen Sinne bewegen kann, dann bleibt in der Tat nichts anderes übrig, als die Annahme, dass die Combesche Kirchenpolitik durchaus dem Wunsche und Willen der Mehrheit des französischen Volkes entspricht.

neur entgegen, in ausgiebiger Weise gefordert, dass Sanitätspersonal sei bedeutend verstärkt werden, sodass abgesehen von den fünf Verteilen des Marine-Expeditionskorps 30 Verteile zur Verfügung stehen. Auch für die etwa notwendig werdende Rückbeförderung von transportheitigen Kranken und Verwundeten nach der Heimat ist Vorrorge getroffen worden. Die Wörnitzlinie hat sich bereit erklärt, auf jedem der von Straßburg zurückkehrenden Dampfer eine Anzahl von Schlafzimmern für Kranken und Verwundete zur Verfügung zu stellen. Zudem soll am amtiertes alles geleistet, um den Verwundeten und Kranken schleunige ärztliche Behandlung zu sichern und ihre Unterbringung und Verpflegung in gut eingerichteten Lazaretten zu ermöglichen.

### Zum russisch-japanischen Krieg.

Tokio. Der große Transportdampfer „Hogimura“ wird vermischt. Man glaubt, dass er von den Russen in den Grund gebrochen sei.

Petersburg. Hier verläutet aus Port Arthur, dass acht japanische Brander und zwei Torpedoboote, als sie im vergangenen Nacht heranfielen, um Minen zu legen, sämtlich in den Grund gebrochen wurden. Eine amtliche Bestätigung liegt jedoch noch nicht vor.

London. Aus Petersburg meldet „Standard“: Dreitausend Russen näherten sich am Sonntag Genau. Gleich starke japanische Streitmacht trat ihnen entgegen. Es entpann sich ein heftiges Gefecht, in dem beide Parteien erhebliche Verluste erlitten. Die Japaner zogen sich schließlich nach Genau zurück. Zwei hohe russische Offiziere wurden verwundet.

Berlin. (Priv.-Tel.) Reichstag. Die Staatsberatung wird bei fast leerem Saale beim Etat des Reichsfinanzamts fortgesetzt. — Abg. Drössler (sonst) verbreitete sich über das Erfordernis einer umfassenderen technischen Bildung der Zollbeamten und Steuerbeamten mit Rücksicht auf die gegen früher außerordentlich verhärtete Warendifferenzierung im neuen Zolltarif. — Staatssekretär v. Stengel erwidert: Trotz der beträchtlichen Verschiedenheit der Ausbildung der Zollbeamten, die Landesweise sei, hätten sich Mängel nicht herausgestellt. Zur weiteren Ausbildung in Warenkunde usw. seien in Einzelstaaten, so Preußen, schon Einrichtungen getroffen. — Abg. Oehl (Centr.) und Müller-Sagan (Frei. Volksp.) befürworten ebenso wie Drössler die Errichtung einer Zollakademie. — Abg. Gotheim (Frei. Ber.) bedauert, dass der Entwurf des neuen amtlichen Warenverzeichnisses nicht veröffentlicht worden sei. — Der Etat des Reichsfinanzamts wird genehmigt. — Bei dem Staatssekretär „Zollkanzlei zum ordentlichen Etat“ bedauert Staatssekretär v. Stengel die Kommissionsschlüsse: fast völlige Verletzung der Zollkanzlei, sowie Erhöhung der ungedeckten Matrikularkosten jezt um 17½, von 24 auf 41½ Millionen erhöht würden, so entfeile dareaus eine unerträgliche Belastung für die Einzelstaaten. Überdies handelt es sich bei den 17½ Millionen hauptsächlich um die Wehrausgaben für Veteranenbeihilfen, und wenn das Haus aus patriotischer Begeisterung diese Beihilfe beschlossen habe, so sollte es doch nicht die Kosten dieser patriotischen Begeisterung auf die Einzelstaaten abwälzen. — Bavarischer Ministerialdirektor v. Burkhardt, württembergischer Ministerialdirektor v. Scheerer und großherzogl. lübs. Geh. Rat Baillie äußern sich in gleichem Sinne, nachdem dies gestern bereits der sächsische Bundesbevollmächtigte getan. — Abg. Dr. Baasche (nat.-lib.): Ich habe gestern vorgeschlagen, die Etatsätze für Zolle und Zollsteuer noch um 17½ Millionen zu erhöhen; aber heute habe ich der Staatssekretär das Konzept verboten durch die Veröffentlichung, dass die Etatsätze ohnehin schon durch die Kommission so hoch gebracht seien, wie nur irgend möglich, und da bleibe eben nichts anderes übrig, als die Erhöhung der Matrikularkosten, selbst auf die Gefahr hin, dass dadurch die Reichsreitigkeit nicht wachsen; denn die Zollkanzlei sei nicht verfassungsmäßig. — Abg. Groß-Schwartz (V.-W.-W. sonst): Die jetzigen Wirkstände wären nicht eingetreten, wenn der neue Zolltarif rechtzeitig am 1. Januar 1904, in Kraft getreten wäre. Der Bundesrat wäre sehr wohl in der Lage gewesen, von dem Reichstagler aus finanziellen Gründen die Inkraftsetzung des neuen Zolltarifs zu verlangen. Die Reichsfinanzreform werde von der Stellung der Regierung zu den Handelsverträgen abhängen. — Staatssekretär v. Stengel: Von irgend welcher Opposition seitens der Regierungen gegen die Inkraftsetzung des neuen Zolltarifs sollte keine Rede sein. — Abg. Gotheim (Frei. Vereinig.) erklärt die Zollkanzlei für verfassungswidrig und empfiehlt, dass bei Verfehlung der Matrikularkostenfrage, die jetzt vroh erfolge, die Einführungserhöhung zum Wahltag genommen werden sollen. Wenn die Konservativen dem Beschluss der Kommission nur bestimmt, gewissermaßen um die Regierungen zu trauen für ihre Verhälften in bezug auf den Zolltarif, so feien das keine sachlichen Motive mehr. (Videriprach rechts.) Auf den Zollkanal erwidert Niedner, die jetzige Kanalvorlage sei lediglich eine Verfehlung der Regierung den Agrariern. (Sehr richtig! links.) Das Inkrafttreten des neuen Zolltarifs verlängert die Agrarier nur wegen ihrer eigenen Interessen, denn von der daraus entstehenden Getreidepreiserhöhung habe das Reich nur 20 Prozent Vorteil, während 80 Prozent den Grundbesitzern zugute kämen. Gegenwärtig wüssten die Agrarier die Notlage der verbündeten Regierungen auszutun. Darans möge der Herr Reichsfinanzier erken, was für Dank er von den Agrariern für seine Zustimmung zu dem geichheitsunordnungsmäßig zustandekommenden Zolltarif habe. (Amaru recht. Präsident Graf Wallerstein: Sie dürfen nicht sagen, dass ein Beispiel dieses Daniels geichheitsunordnungsmäßig zu stände gekommen sei. Präsident links: Es ist aber so. Präsident reagiert): Die Herren, die so rufen, machen sich damit zu Mithuldigen! — Abg. Rettich (sonst) spricht sich gegen den Beschluss der Kommission aus. — Abg. v. Kardorff (Reichsp.) erwidert Gotheim: Die Kündigung der Verträge, vor allem wenigstens des argentinischen, fordern wir nicht im Interesse einer Kasse, sondern im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse des Reiches. Wenn die Regierung uns keine Kündigung abgeben kann über die Kündigung der Handelsverträge, werden wir jedenfalls auch in dritter Person für den Beschluss der Budgetkommission stimmen, um einen Druck auf den

Friedrich & Göckner, Streichl. Farben, Firniße, Gas-Gesch. Deckl., Tannenstrasse 13 b.

Verkauf: Privater Strichl., Farben, Gas-Gesch. Deckl., Tannenstrasse 13 b.